Wochenblatt für Wilsdruff

Beilage zu Nr. 51. Sonnabend, den 2. Mai 1914.

Betrachtung für Sonntag Jubilate.

Lied 427: „Dir, dir, Jehovah, will ich singen!"

Psalm 89, 16. Wohl dem Volk, das jauchzen kann! Herr, sie werden im Lichte deines Antlitzes wandeln.

Der Sonntag „Jubilate!" „Jauchzet!" regiert die kommende Woche. Fürwahr, dieser Sonntag hat einen herrlichen Namen. Wer wäre, der sich die Aufforderung „Jauchzet!" zweimal sagen ließe? Wer wollte ihr nicht gern nachkommen? Du siehst in die jetzt besonders dich anlachende Natur hinein, du siehst das Blühen und Sprossen, diese sich entwickelnde Pracht an Bäumen, auf Wiesen, in Gärten, in Feldern, du hörst dazu das Singen der Vögel und das Summen der Bienen, es jauchzet dem Herrn alle Welt, alle Kreatur — warum du nicht? Du sagst: „Ich habe so schwere Sorgen — oder ich bin zu krank, um mich da freuen zu können — oder ich sehe darin auch schon wieder die Vergänglichkeit — oder ich möchte wohl mit jauchzen, ich kann nicht, ich kann nicht!" Ja freilich, wenn du das oder das erwägst, ich verstehe es, du kannst nicht jauchzen. Die herrliche Natur, der erwachende Frühling kann dir nicht deine Sorgen, deine Krankheit, deine Vergänglichkeitsgedanken, deine Willensschwäche nehmen — warum nicht? Weil sie dir deine Sünden nicht nehmen können. Aber ich weiß einen, der dir die nehmen kann und damit deine Sorgen, deine Krankheit, deine Vergänglichkeitsgedanken, deine Willensschwäche — einen einzigen und der heißt: „Der Heiland Jesus Christus!" Gib ihm dein Herz mit deinen Sünden mit dem bösen Gewissen und dann deine Sorgen und dergleichen — und du bekommst Vergebung der Sünden, Leben und Seligkeit und damit wieder Grund und Freude, Mut und Kraft zum Leben und damit zum Jauchzen. Der ihm sein Herz gibt, der gehört zu dem Volk, das jauchzen kann und im Lichte des Antlitzes des Heilandes wandelt, erleuchtet von ihm, geheiligt in ihm und vor ihm. Zu diesem Volk sollst und kannst du gehören, wenn du mit deinem Christentum Ernst machst. Kein anderer als der Auferstandene mit seiner Lebenskraft läßt dich dann jauchzen und frisch werden trotz der Sünde und des Leides. Du kommst doch von Ostern und vom Hirtensonntag her und solltest in dem lebendigen Glauben an den auferstandenen Lebensfürsten und König auch deines Herzens gestärkt worden sein, und darum kannst du dich froh zählen zu dem Volk, das jauchzen kann. Mit einem durch diesen Heiland versöhnten Gewissen gehst du nun fröhlich auch in die Natur und liest darin zum Jauchzen die Schrift seines und deines Vaters im Himmel, und das Jauchzen über den lebendigen Heiland vertreibt nicht das Jauchzen über die herrliche Natur, sondern treibt dich gerade hin als Kind Gottes ihm auch ob seiner Schöpfermacht zu jauchzen. Erst muß das Herz mit seinem Gott in Richtigkeit stehen, und das kann es nur durch den Gottessohn, den Sündenheiland Jesus Christus, und es wird ihm jauchzend danken, dann bekommt es auch ein richtig aufgeschlossenes Herz für das Kleid seines Gottes in der Natur und wird dort mit aller Kreatur Gott jauchzen. Ueber dem Jauchzen deines Herzens ob des Heilandes und des Vaters im Himmel wird dann deine Sorge, deine Krankheit, dein Vergänglichkeitssinn oder dergleichen dir immer kleiner werden, der Grund zum Jauchzen im Lichte seines Antlitzes immer größer. Ich wünsche dir von Herzen, daß du diese Seligkeit erlebst.

Kalinot.

Über den dem Reichstage soeben zugegangenen Entwurf zur Änderung der Kaligesetzgebung wird uns von einem Sachverständigen geschrieben:

Die Hoffnungen, die sich an das Kaligesetz vom Jahre 1910 knüpften, haben sich nur teilweise erfüllt. Das Gesetz sollte zwei Aufgaben erfüllen: Die Verschleuderung des Kalis nach Amerika verhindern und dem zügellosen Wettbewerb innerhalb der Kaliindustrie Einhalt gebieten. Während es die erste Aufgabe restlos löste, hat es hinsichtlich der zweiten Aufgabe nicht nur versagt, sondern sogar selbst alle die Folgen gezeitigt, die schließlich geradezu eine Kalikrise gebracht haben. Eine an sich gesunde und hoffnungsvolle Bergbauindustrie, gestützt durch die Monopolstellung Deutschlands in dem Naturprodukt Kali, ist allmählich in eine Lage geraten, aus der sie trotz aller Anstrengungen sich selbst offenbar nicht mehr herausarbeiten kann, so daß von neuem die Klinke der Gesetzgebung in Bewegung gesetzt werden muß, um ihr zu helfen.

Der dem Reichstage jetzt vorliegende Änderungsentwurf scheint der Kaliindustrie, so heißt es wenigstens in den beteiligten Kreisen, nicht die Erfüllung ihrer Wünsche zu bringen. Wenn auch die Kritik bisher nur an dem vorläufigen Entwurf geübt wurde, so kann nach dem endgültig vorliegenden Entwurf nur gesagt werden: Es wird nicht minder harte Kämpfe um diese Kalinovelle geben, als einstmals um das Gesetz selbst. Fand doch der erste Entwurf eines Kaligesetzes, der zu Weihnachten des Jahres 1909 veröffentlicht wurde, überhaupt keine Gnade vor den Augen des Reichstags. Und was dann Gesetz wurde, zeigte in seinen Folgen, wie schwer es ist, ein Industriegesetz zu schaffen.

Um zwei Punkte dreht sich alles: Die Werksvermehrung und die Verwendung der Propagandagelder.

Was die Propagandagelder betrifft, so wird gegenwärtig eine Abgabe von 60 Pfennig pro Doppelzentner reines Kali erhoben. Daraus sollen die Ausgaben des Reiches für die aus der Durchführung des Gesetzes entstehenden Kosten gedeckt und der Rest zu Propagandazwecken verwandt werden. Anstatt aber die gesamte Summe voll hierzu zu verwenden, hat der Reichstag die Anlegung eines Reservefonds beschlossen, in dem bereits zu Anfang dieses Jahres rund 7½ Millionen Mark aufgesammelt, also dem eigentlichen Zweck, nämlich der Propaganda, entzogen waren. Trotzdem die Kaliindustrie fortgesetzt forderte, diesen Fonds seiner Zweckbestimmung zuzuführen, bringt die Kaligesetznovelle jetzt keineswegs die Erfüllung dieses Wunsches, wohl aber eine Belastung zugunsten der Reichskasse. Die Abgabe wird auf 90 Pfennig pro Doppelzentner erhöht, wovon die Hälfte ganz dem Reiche zufließt; was eine Gewinnbeteiligung des Reiches oder eine Besteuerung der Kaliindustrie darstellt.

Gegen diese Bestimmung wendet sich die Industrie mit der Behauptung, was heute mit dem Kali geschehe, könne morgen Kohle, übermorgen Eisen usw. treffen. Mit der Zucker-, Branntwein-, Bier- usw. Steuer sei diese Abgabe nicht zu vergleichen, denn es lägen ganz andere Voraussetzungen zugrunde.

Nach Bestimmungen zur Beseitigung der Schwierigkeiten aber, die der Kaliindustrie eine Gesundung bringen können, suche man in dem Gesetzentwurf vergebens. Die Verhinderung der — wie man sich in der Industrie ausdrückt — kaninchenartigen Vermehrung der Kaliwerke aber sollte doch die Hauptaufgabe des neuen Gesetzes sein. Dieser Vermehrung sollte schon durch das Gesetz vom Jahre 1910 entgegengewirkt werden. In Wirklichkeit aber habe die Auslegung des Gesetzes die ungeheure Vermehrung herbeigeführt. Beim Inkrafttreten des Gesetzes waren es 70, am 1. Dezember 1912 116, am 1. Januar 1914 160 Werke und in bereits absehbarer Zeit werden es 250 Werke sein. Mit jedem neuen Werk aber sinke trotz der alljährlichen Zunahme des Absatzes der Anteil des einzelnen Werkes. Verschiedene Werke arbeiten heute ohne Gewinn.

Um dieser Werksvermehrung Einhalt zu tun und vor allem, um das neue Gesetz abzuwenden, sind Bestrebungen im Kalisyndikat im Gange zur Stillegung von Werken, die im Ausbau begriffen sind. Bisher ist dieser Stillegungsversuch über Verhandlungen aber nicht hinausgekommen, vornehmlich infolge der Haltung verschiedener Bundesstaaten. Das neue Gesetz sieht als Vorbeugungsmittel in der Hauptsache nur eine Verlängerung der Wartezeit für die Erreichung der Vollbeteilung vor, das heißt, die neuen Werke sollen statt fünf Jahre künftig zehn Jahre brauchen, um allmählich in die volle Beschäftigung hineinzuwachsen.

Doch damit wollen die Industriellen sich nicht zufriedengeben, sie sprechen von einer „Kalinot", der nicht abgeholfen werde. Auf die Lösung der Aufgabe durch den Reichstag darf man gespannt sein. Auf eine baldige Erledigung der Vorlage ist daher kaum zu rechnen, vielmehr dürfte die eigentliche Entscheidung sich noch einige Zeit hinausziehen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ Der **Beitrag Groß-Berlins zur Milliardenabgabe** beläuft sich nach der jetzt erfolgten amtlichen Feststellung auf 144 665 600 Mark. Die Summe verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Stadtkreise: Berlin 74 235 600 Mark, Charlottenburg 28 100 000 Mark, Wilmersdorf 11 500 000 Mark, Schöneberg 6 500 000 Mark, Neukölln 640 000 Mark, Lichtenberg 560 000 Mark, Spandau 530 000 Mark. Es folgen dann die Landkreise und zwar Teltow mit 19 und Niederbarnim mit 3,6 Millionen Mark. Die von anderer Seite kürzlich erfolgte Schätzung auf 200 Millionen Mark trifft demnach nicht entfernt zu.

✦ Über die **Landwirtschaftsbank für Deutsch-Südwestafrika** und ihre Entwicklung ist dem Reichstage eine ausführliche Denkschrift zugegangen. Die Darlehnsbedingungen der Bank sind, wie die Denkschrift betont, den afrikanischen Verhältnissen angepaßt worden, der Zinssatz beträgt 6 v. H. Die Inanspruchnahme der Bank ist bis jetzt recht lebhaft gewesen. Auf Grund von Gutachten der 42 ehrenamtlich angestellten Schätzer sind von den 145 beantragten Darlehen in Höhe von 4 800 000 Mark 66 Darlehen in Höhe von 2 088 800 Mark zugesagt worden. Die beanspruchten Darlehen sollen größtenteils zur Ablösung bestehender Hypotheken dienen. Nur etwa 25 v. H. sind zu kleineren Meliorationen und zur Bestockung von Farmen bestimmt. Daß aber auch für Meliorationen wesentliches Interesse besteht, zeigt die Tatsache, daß auf Anfrage der Regierung sich bereits über 200 Interessenten mit dem Gesuch um Aufstellung von Dammbauprojekten für ihre Farmen sich gemeldet haben.

✦ Der Gesetzentwurf, betreffend die **Errichtung eines Kolonialgerichtshofes**, wurde von der Reichstagskommission, die sich mit dem Gesetz zu befassen hat, in zweiter Lesung, abgesehen von formalen Änderungen, nach den Beschlüssen erster Lesung angenommen. Mit sechzehn gegen drei Stimmen wurde der Beschluß erster Lesung aufrecht erhalten, nach dem Hamburg zum Sitz des Kolonialgerichtshofes bestimmt wird.

Großbritannien.

× An der **Flottendemonstration gegen die Ulsterleute** sind zehn Torpedobootszerstörer und der Kreuzer „Swift" beteiligt, die in der Bucht von Belfast vor Anker gegangen sind. Angeblich soll der Zweck dieser Flottenbewegung die Absuchung der Küsten von Ulster nach weiteren mit Waffensendungen beladenen Dampfern sein, doch handelt es sich wohl eher um eine Flottendemonstration zur Einschüchterung der Ulsterrebellen. Ob dieser Zweck erreicht werden wird, ist allerdings recht zweifelhaft.

Das Deutsche Reich und Mexiko.

Unbedingte Neutralität.

Berlin, 29. April.

Den Meldungen aus Amerika zur Folge stocken die militärischen Bewegungen, da die Friedensbemühungen der südamerikanischen Staaten mit Eifer fortgesetzt werden. Diese haben sich auch an die europäischen Großmächte mit dem Ersuchen gewandt, sie zu unterstützen. Demgegenüber ist es von Interesse, was Staatssekretär v. Jagow heute in der Budgetkommission des Reichstags sagte.

Hinsichtlich der Zukunft Mexikos erwiderte der Staatssekretär auf verschiedene Anfragen, daß nach den Erklärungen des Präsidenten Wilson nichts gegen die Unabhängigkeit des Landes unternommen werden solle. Die Haltung Deutschlands müsse neutral sein. Auch andere europäische Mächte hielten sich von jeder Einmischung fern.

Gegenüber den Wünschen nach einer Verstärkung der deutschen Seestreitkräfte in den mexikanischen Gewässern erklärte der Staatssekretär, eine solche Maßnahme erscheine zurzeit nicht erforderlich, da das freundschaftliche Zusammenwirken der Kriegsschiffe der verschiedenen Mächte den erforderlichen Fremdenschutz sichere. Es befinden sich jetzt dort zwei kleine Kreuzer und zwar „Nürnberg" an der Westküste und „Dresden" an der Ostküste.

Fester Urlaub für Handlungsgehilfen.

Regelung der Sonntagsruhe.

Berlin, 30. April.

Die damit beauftragte Kommission des Reichstags beschäftigte sich heute wieder eingehend mit der Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte für die sonntäglich beschäftigten Handlungsgehilfen und Lehrlinge einen freien Nachmittag in der Woche von 1 Uhr ab.

Ein Zentrumsantrag verlangte, wenn ein Angestellter während eines ganzen Jahres von ein und demselben Geschäftsinhaber sonntäglich beschäftigt werde, so solle dem Angestellten jährlich ein Urlaub mindestens von einer Woche, im Einverständnis beider Teile auch in kleineren Zeitmaßen, bewilligt werden unter Fortdauer der Gehaltszahlung.

Von verschiedenen Seiten wurde dann eine allgemeine gesetzliche Regelung der Arbeitsfrage gewünscht, deren Durchführung man indessen für sehr schwierig hält. Von konservativer Seite wurde in dem sozialdemokratischen Antrag an Stelle des freien Nachmittags „ein Ersatz in Gestalt einer Freizeit" verlangt. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Verschwörung in Albanien.

Umwandlung in einen Bundesstaa

Paris, 30. April.

Hier sind Aufsehen erregende Meldungen aus Durazzo eingetroffen, die der Befürchtung Raum geben, daß der Regierung des Fürsten Wilhelm Gefahren drohen. Die Bewegung geht aus von Kemal-Bei.

Der Präsident der ehemaligen provisorischen Regierung in Albanien, **Kemal-Bei**, steht an der Spitze einer Verschwörung, die auf Umwandlung der Monarchie in einen Bundesstaat Albanien abzielt. Die Durazzoer Regierung kennt **die Verzweigung des Komplotts.** Mehrere Verhaftungen stehen bevor. Der gegenwärtige Aufenthalt Kemal-Beis ist nicht bekannt.

Die Familie Kemals lebt in Neapel, wo er selbst sich wahrscheinlich auch aufhält. Vorläufig hat Kemal allerdings weder Einfluß noch nennenswerten Anhang. Als er von der internationalen Kommission ersucht wurde, sein Amt niederzulegen, gehorchte er sofort, weil er einsah, daß er im ganzen Lande nur Gegner — besonders Essad Pascha — hatte.

Entspannung der internationalen Lage.

Rede des österreichischen Thronfolgers.

Budapest, 29. April.

In Vertretung des Kaisers Franz Josef wurden heute die Delegationen von dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit einer Thronrede eröffnet, die auf einen erfreulich friedlichen Ton abgestimmt ist, und in der der Erzherzog u. a. betont:

„Seit der letzten Delegationstagung hat die internationale Lage eine weitere **wesentliche Entspannung** erfahren. In engster Fühlungnahme mit den Bundesgenossen ist die Regierung bestrebt, durch Pflege möglichst vertrauensvoller Beziehungen zu allen Kabinetten auf Erhaltung und Befestigung des Friedens Europas hinzuwirken. Die **Thronbesteigung des Fürsten von Albanien** bietet eine Gewähr für die gedeihliche Entwicklung des neuen Fürstentums. Die besten Wünsche des Kaisers begleiten den erlauchten Herrscher in seiner friedlichen Kulturarbeit, das **Erfordernis der Heeresverwaltung** bewegt sich in normalen Grenzen. Angesichts der raschen Fortschritte in der Entwicklung der Flotten aller Mächte ist die Anforderung eines größeren Betrages für die weitere Ausgestaltung der Kriegsmarine unvermeidlich geworden.

Der Erzherzog schloß: „Durch Inangriffnahme des Baues der bosnisch-herzegowinischen Bahnen wird den unaufschiebbaren strategischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung getragen." In einem privaten Gespräch erklärte der Thronfolger noch, daß das Unwohlsein des Kaisers behoben und sein Befinden durchaus befriedigend sei.

Furchtbares Grubenunglück in Amerika.

266 Bergleute verschüttet.

Newyork, 29. April.

Durch eine Schlagwetterexplosion in zwei Schächten der Newrivisgrube in Eccles (Westvirginien) sind 266 Bergleute verschüttet worden. Vier Tote und 59 Schwerverletzte wurden bereits geborgen. Ein tieferes Eindringen in die brennenden Schächte ist unmöglich. Die Katastrophe fand 600 Fuß unter der Erdoberfläche statt. Man hat alle Hoffnung, die übrigen 203 Arbeiter retten zu können, aufgegeben. Die Verletzten sind fast ausnahmslos so schwer verbrannt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF